

damit zum Ausdruck bringen, daß es Stellen gibt, wo niemals Gras
über wächst!
Im Abgange können wir dem „Wachstum“ der christlichen
Steinarbeiterorganisation mit Ruhe zusehen. Dort ein begrenztes
Organisationsfeld durch die Fiktion der in Frage kommenden
Kollegenchaft und außerhalb dieser Grenzen ein unbegrenztes Zu-
sammenfühen einzelner gestreuter Steinarbeiter. Hier, ein
Stück auf die Reichhaltigkeit der deutschen Steinarbeiter, die auf
Grund ihrer Auffassung von der wirtschaftlichen Entwicklung im
Endziel zu uns gehören. Sie sind ein Teil jener 6 1/2 Millionen
gewerkschaftlich organisierter Arbeitermassen im Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbund.

Städte als Träger der inneren Kolonisation.

W.M. Einen sehr bemerkenswerten Vorschlag für die Beteiligung
der Städte und insbesondere der Großstädte an der inneren Kolonisation
macht Rechtsanwalt Westphal in Altona in der „Kommunalen
Zeitung“ vom 11. Oktober d. J. Westphal geht davon aus, daß unsere
ganze Lage eine viel schlechtere und umfassendere Befriedigung des Landes,
als nach den bisherigen Grundlagen der inneren Kolonisation zu er-
warten steht, gebietet. Er spricht von einer „Umstellung“
von Millionen von Arbeitskräften von der Stadt aufs
Land und er meint, es sei zweifellos eine städtische Angelegenheit,
dies durchzuführen, sowohl an sich und für sich wie wegen des Zu-
sammenhanges mit der Erwerbslosenfürsorge und der ins Auge zu
fassenden dauernden Verbindung dieser städtischen Bevölkerung mit
den Städten, von denen sie ausgegangen sind. Westphal tritt also dafür
ein, daß die Städte und namentlich die Großstädte für ihre eigenen
Bewohner selber die Umstellung durch eigene Siedlungsunternehmen
in die Hand nehmen sollen. „Die besten Siedlungsunternehmen wären
die Großstädte, vermöge ihrer Erfahrung und Fähigkeit im Organi-
sieren, ihrer verhältnismäßigen Autorität gegenüber den großstädtischen
Massen und deren unmittelbaren Eigeninteressen.“ Und als Folge dieses
Vorgehens verspricht er sich dann ein sehr viel schnelleres Fortschreiten
des ganzen Siedlungswerkes.

Zu einzelnen denkt er sich die Sache etwa so, daß eine gemischte
Kommission, „Stadtvertreter und Sachverständige“, mit den Vorbereitungen
in der einzelnen Stadt für das Siedlungsunternehmen betraut werden
soll. Diese Kommission hat die nötige Propaganda für die Sache ins
Werk zu setzen, die geeignet erscheinenden zu sammeln, durch Kurie und
praktische Anleitung in der landwirtschaftlichen Umgebung der Stadt
auszubilden und schließlich eine formelle Akte der Siedlungsarbeit
anzustellen. Des Siedlungsland soll auf Grundlage des Reichs-
siedlungsgesetzes beschafft werden; im wesentlichen richtet Westphal sein
Augenmerk auf den ländlichen Großbesitz. Als Siedlungsform schwebt
ihm der genossenschaftliche Betrieb durch größere und kleinere Gruppen
von Kolonisten vor, in Verbindung mit einem gewissen Maß von indivi-
dueller Eigenwirtschaft. Für die Beschaffung von Gebäuden und Inventar
wird er die ja jetzt vielfach erörterten neuen Wege, z. B. bezüglich
der Bauweise, gehen. Endlich sollen die Siedler auch später noch und
auf die Dauer mit der Ausgangsstadt wirtschaftlich in Verbindung blei-
ben; sie sollen die Stadt mit Nahrungsmitteln versorgen und dafür
ihre gewerblichen Erzeugnisse abnehmen.

Der kritische Beurteiler wird an den Einzelheiten dieses Vorschlages
genau viel auszusetzen finden, manches müßte ja auch unstrittig hemmlich
utopisch an. Aber der Grundgedanke des ganzen Vorschlages, nämlich,
daß die Städte selber ebenfalls praktisch und zwar für ihre eigenen
Gemeindeangehörigen die Umstellung in die Hand nehmen und ins Werk
setzen sollen, erscheint doch als recht beachtenswert. Unzweifelhaft wür-
den die Städte bei solchen Unternehmungen sehr viel zahlen müssen, aber
andererseits ist doch in ihrer Verwertung so viel können, Wissen, Kraft
und Fähigkeit aufgebracht, daß man gewiß nicht ohne weiteres be-
haupten kann, sie seien zur Lösung derartiger Aufgaben nicht fähig.

Die Genossenschaften im Dienste der Volksgesundheit.

Um die niedergedrückte deutsche Volkswirtschaft wieder arbeits-
fähig zu machen, bedarf es nicht nur der Industriehilfe aller Volks-
kräfte. Die Erhaltung, die Gesundung aller Volkskraft wird eine der
wichtigsten Aufgaben sein, soll Deutschland wieder aufstehen können.
Da gewährt es keine Freude, zu sehen, wie sich Lastrast und Vogelstern-
ring in den Dienst der Volksgesundheit stellen. Unsere Arbeiter, An-
gestellten und Beamten brauchen alljährlich ein Ausmaß an Unter-
ernährung; die heranwachsende Generation, unsere Kinder, bedarf der
Kräftigung. Nichts liegt näher, als das Meer, unsere Nord- und Ost-
see, ihre Heilkräfte auf die Erholungsbedürfnisse ausströmen zu lassen.
In Westerland auf der Insel Sylt, dem schönsten Nordseebad, hat man
die Notwendigkeit zur Mitarbeit am Werke der Volksgesundheit erkannt.
Es ist im besonderen der Mühseligkeit der Arbeiter des Westerland-
Konsumvereins zu verdanken, wenn in der zweiten Oktoberwoche in West-
erland eine Zusammenkunft der Vertreter einer größeren Anzahl Arbeit-
geber- und Arbeitnehmerverbände stattfinden konnte, um darüber zu be-
raten, wie dieses herrliche Seebad weiten Volksteilen zugänglich ge-
macht werden könnte.

Vor dem Kriege war Westerland auf dem besten Wege, zum inter-
nationalen Modestadt zu werden. Nach der durch den Krieg erzwun-
genen vierjährigen Besetzung wurde im letzten Sommer Westerland
von Kriegsgewinnern aller Art bevorzugt und nicht eben zu seinem
Vorteil „umgestaltet“. Unsere Steuergeheubung wird aller Wahr-
scheinlichkeit nach dafür sorgen, daß diese Straße sich künftig stark ein-
schränken werde, wie sie überhaupt eine so starke Verschönerung der Ein-
kommensverhältnisse nach sich ziehen wird, daß Luxusbäder nicht mehr
auf ihre Rechnung kommen. Andererseits ist in den breiten Massen des
Volkes nicht nur das durch die Kriegsliden und -entbehrungen ge-
steigerte Bedürfnis, sondern neben dem Drang auch durch die fast totalen
Umwälzungen die Möglichkeit gewachsen, die von der Natur gebotenen
Erholungs- und Heilungsmöglichkeiten auszunutzen. Aus diesen Tat-
sachen ergibt sich nach Meinung der an dem „Westländer Tag“ Be-
teiligten ohne weiteres der Weg, der beschritten werden muß. Die Insel
Sylt muß als Volksbad, als Heil- und Erholungsstätte für alle Volks-
kräfte in ihrer ganzen Ausdehnung und zu allen Jahreszeiten zugäng-
lich gemacht werden. Das wird bei planmäßigem Vorgehen ohne große
Schwierigkeiten möglich sein. Die äußerst rührige und für die gute
Sache begeisterte Leitung des wichtig aufstrebenden und auf höchsten
Grundlage ruhenden Konsumvereins für Westerland und Umgebung
hat bereits die Initiative ergriffen und zeigt, was die einzelne Organi-
sation zur Erreichung des Zieles zu leisten vermag. Die ebenso eifrige
und von der Erkenntnis der Notwendigkeit neuer Methoden durch-
drungene Badeverwaltung und die für den Verkehr wichtige Hamburg-
Amerikanische — die heute bekanntlich bereits mit der Konsumgen-
ossenschaftsbewegung in wichtigen Geschäftsverbindungen steht — sind
gleichfalls bereit, alles zu tun, um die umgedeutete Entwicklung zu
fördern. Von den anwesenden Vertretern der Konsumgenossenschaften
wurden nicht nur Forderungen für die Durchführung des Plans ge-
stellt, sondern auch die grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen, ihn
nach Kräften zu fördern. Die Sorge für die Gesundheit und die Er-
haltung der Arbeitskraft des Volkes künftig noch wertvollere Güter
als je zuvor, gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Konsumgenos-
senschaft. Sie werden jede Gelegenheit gern benutzen, die ihnen zur
Lösung dieser ihrer ebenso bedeutsamen wie Befriedigung gewährenden
Pflicht geboten wird.

Korrespondenzen.

Berlin. Kombinierte Versammlung am 10. Oktober. Beim Ver-
lesen des Protokolls bemängelt Kollege Hoffmeister eine ihm unzu-
genügende Zeilenzählung, die nicht von ihm gelehrt wurde. Mehrere Kol-
legen bestätigen aber die Richtigkeit, deshalb bleibt das Protokoll in der
verlesenen Fassung. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Vor-
sitz der Tageskommission, Kollege Sieben, Bericht über die Ver-
handlungen mit den Unternehmern. Trotz aller großen Mühe der
Kommissionsmitglieder seien in zwei Sitzungen für Räumliche nur 30 Mi-
nuten für die 20 Mi. bewilligt worden. In der Sitzung am 8. Oktober
erklärten die Arbeitgeber, weitere Zugeständnisse nicht mehr machen zu
können. Nach eingehender Diskussion über das Vorliegende wurde ein

Antrag des Kollegen Geue, dem sich 14 Kollegen angeschlossen, den
Schlichtungsausschuß anzurufen, mit geringer Mehrheit abgelehnt. Bei
einem Antrag des Kollegen Wolf, der verlangte, die Forderungen
höher zu halten und es nicht zu arbeiten, das heißt ohne direkten Vertrag,
aber nur zu den gestellten Forderungen, wurde beschloffen, dadurch das
Abfordern wieder zu fördern und die örtliche Organisation zu schärfen.
Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Nachdem noch eine weitere
Anregung vom Antragssteller zurückgezogen wurde, wurde zur Abstimmung ge-
schritten, nachdem auf Anregung des Kollegen Malinowski alle jene
Kollegen, die zu den gestellten Forderungen arbeiten und jene, die im
Streik stehen, sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Insgesamt wur-
den 358 Stimmen abgegeben. Davon waren 187 für Streik, 163 für
Annahme der Zugeständnisse, 6 Stimmen unglücklich, die vorge-
schriebene 2/3-Majorität also nicht vorhanden. Damit ist das
Angebot der letzten Verhandlung angenommen, wie die Versamm-
lung vom Kollegen Geue befehligt wurde. Das Abstimmungsprotokoll
wurde von der Versammlung nicht besonders begrüßt. Während die
Abstimmung wie oben angeführt, sich abwickelte, referierte Genosse Ulrich
vom Metallarbeiterverband über den Berliner Streik. Seine Aus-
führungen wurden durch wiederholten Beifall unterbrochen. Der Referat
geheißte die unwahren Notizen in der Presse über den Streik, auch
der Vorwärts stehe in derselben Front. Die Versammlung gab durch
ihren Beifall die Sympathie für den Metallarbeiterstreik kund. Der
Streik in einigen Betrieben der sogenannten kunstgewerblichen Gruppe
dauert fort. Hoffentlich bringen die bevorstehenden Verhandlungen die
nötige Klarheit. Die Arbeitgeber der Berliner Steinmetz- und Marmor-
geschäfte drohen mit einer Aussperrung, wenn der Streik nicht beendet
wird. Die Urliste ist kurz folgende: Einige Betriebe der kunstgewerb-
lichen Gruppe haben die aufgestellte Forderung bewilligt, und dort, wo
diese nicht anerkannt wurde, ist zur Arbeitsinterruption geschritten. Die
jezt getrocknete und von der Versammlung angenommene Verhandlung
bleibt jedoch unter der in obigen Gegenden anerkannten Forderung, des-
halb verbarren ein Teil der betreffenden Kollegen im Streik. Die Ar-
beitgeber versuchen die etwa wandernden Unternehmer mit der drohenden
Konventionstrafe in Schach zu halten. Zu bemerken ist noch, daß die
Unternehmer, die bewilligt haben, teurer Organisation angehören.

Mühlhausen i. Thür. Dienstag, den 28. Oktober, fand im Burgkeller
unser Monatsversammlung statt. Die gut besetzt war. Der erste Punkt
der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der Frage der Wirtschaft-
sbeihilfe, die vom Gewerkschaftsrat in Anregung gebracht und an die
städtischen Arbeiter und Angestellten bereits ausbezahlt worden ist? Nun
sollen auch die Industriearbeiter an ihre Arbeitgeber herantreten und
die Forderung einer einmaligen Beihilfe stellen. Das ganze städtische
Personal steht in dieser Sache geschlossen hinter uns. Am 20. Oktober,
als Herr Schilling hier war, wurde er von uns in Kenntnis gesetzt
hierüber. Er hat sich einige Tage Bedenken aus, insbesondere wollte
er wissen, wie sich die hiesige Industrie dazu stellt und um hierüber mit
der Firma Leyh (Vangemal) Rücksprache nehmen. Aber bis zum
Beginn der Versammlung war von Berlin noch keine Antwort ein-
gegangen. Sämtliche Redner sprechen sich dahin aus, daß man bei den
jetzigen Höhen kaum das nackte Leben retten kann. Schutz und andere
Beihilfsleistungen zu kaufen, gehört ins Reich der Fabel. Bei den letzten
Lohnverhandlungen sei wenig erreicht worden und liegt hier die Notwendig-
keit vor. Jeder gibt seine ganz eigene Kraft her, um nur notdürftig leben zu
können. Wenn die Verhältnisse sich nicht bessern, hat man in kurzer Zeit
abgewirtschaftet und ist total verbankrot. Es ging ein Antrag ein, die
Wirtschaftsbeihilfe zu verlangen, um so mehr, da andere industrielle
Betriebe hier auch während des Krieges Unterstützung gezahlt haben.
Der Antrag fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende wurde beauf-
tragt, ein Schreiben an Herrn Schilling zu richten, worin eine Frist
von acht Tagen gegeben wird, bis die Antwort zurück sein kann. So-
dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Sie ergab einen
Kassenbestand von 99.99 M., was von den Kassieren als richtig be-
stätigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nach Bekannt-
gabe des Kartellberichts gab der Vorsitzende eine Anregung, um die An-
nehmungen zum Besuch der Volkshochschule zu erwirken. Die Winter-
abende sind lang; Feierabendzeit, Gelegenheit zur Weiterbildung hat
also jeder. Im Punkt Verschiedenes verlas der Vorsitzende ein Schreiben
des Bezirksleiters Herz, worin verlangt war, daß über einige Fragen
abgestimmt werden sollte. Da dieselben sich auf einen rein politischen
Charakter sind, und geeignet sind, Zwietracht und Spaltung in die
Reihen der Kollegen zu bringen, wird auf die Abstimmung verzichtet,
mit dem Hinweis, daß jezt mehr denn je der gewerkschaftliche Zusammen-
schluß festhalten muß, wenn auch manche glauben, ohne Gewerkschaften
auszukommen. Hier, wo kein Kartellhaber aufkommen kann, ist die
Stärke, wo der Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erwirkt.
Das steht man an der stehenden Mitgliederzahl, die bereits 6 Mil-
lionen überschritten hat.

Naumburg. Unsere Lohnbewegung ist zu Ende, sie warf ein
besonderes Licht auf die Gestalterschaft verschiedener Kollegen.
Am Ort sind anfangs 14 Kollegen. Von diesen arbeiten außerhalb
bzw. im anderen Beruf, als Folge der vorletzten Bewegung. Von
den 11 am Ort Arbeitenden müßte man jeder annehmen können,
daß sie einig und geschlossen ihre Forderungen durchsetzen würden,
dann aus Übermut werden Versprechungen doch gewiß nicht erfüllt,
fordern die verlangten Aufbesserungen hinter immer hinter den
Preisen her. Die Einstellung der Bewegung war, wie früher schon,
durch Einbildung der 5 Unternehmer unternommen, von denen nur
2 erschienen waren. Der Streik war nun unüberwindlich und eine
Versammlung beschloß auch so, keiner glaubte jedoch, daß er sich
7 Tage hinstrecken würde, doch haben wir dieses den Arbeitswilligen
zu danken. Die beste Nummer ist der Steinmetz Laugel, gehörte
fogar der Lohnkommission an, drückte sich aber schon von den Vor-
verhandlungen und von der beschließenden Versammlung. Er
arbeitete fogar noch bei einem zweiten Unternehmer und überredete
2 andere Steinmetzen zum Streikbruch. Zum Dank erhält er ein
kleines Stück Kartoffelland, als Jutasacker, wie wir ihn hier be-
zeichnen. Die andere Streichbrechernummer ist Paul Reikewald,
dann Johannes Büchel und eine besondere Leuchte ist der Stein-
metz Richard Albrecht. Bald viermal haben wir den letzteren
organisiert und jedesmal, wenn er die Frucht unseres Streikens
gesehen hatte, war seine Organisationszugehörigkeit auch wieder
zum Teufel. Einen Tag hat er jezt mit durchgeschaffen, dann war
es vorbei. Sein Stundenlohn betrug damals, als wir ihn organisi-
erten, 1.10 M., mit unserer Hilfe kam er auf 2.80 M. und trotz-
dem Streichbrecher laut der Vereinbarung mit seinem Unter-
nehmer müßte letzterer 100 M. Lohn nachzahlen, doch Albrecht
war zu feige, die Einhaltung der Vereinbarung zu verlangen.
Weiter kommt hinzu, daß alle diese Gelder in anderer Beziehung
ausgefressen sind und ziemlich den Mund aufreissen, wenn von
Positiv geredet wird und dabei nicht ihnen der elementare Ge-
dante der Arbeiterbewegung überhaupt, das Solidaritätsgefühl.
Durch dieses erbärmliche Verhalten des vierbündigen Niederlaters
haben wir nicht nur einen Wochenlohn eingebüßt, sondern es sind
2 Kollegen dadurch außer Reich gebracht worden, deren Ein-
stellung vor dem Schlichtungsausschuß abgelehnt wurde. Der eine
davon ist Kriegsbeschädigter, der nun Hunger wird; der andere
Kollege hat vier Jahre dem herrschenden Unternehmer aus dem
Dreid gebolten und Arbeiten angefertigt, die der Unternehmer prak-
tisch und technisch niemals hätte ausführen können. Es kommen
noch einmal andere Situationen in der wir Naumburger Stein-
arbeiter hinter das Geckelwerk mit machen können. Demert sei
noch, daß der Arbeitgeber O. Reichering, ein schwerreicher
Mann, vor dem Schlichtungsausschuß erklärte, der Steinmetzberuf
würde kein höherer, die große Sterblichkeit käme von vielen
Teinten. Der Nachdebereiter ist ein schwerer Beruf, die übrigen
Teinten. Der Nachdebereiter selbst über diese salomonische Weisheit. Die
letzte hat jezt nichts mehr, der Schiedsbruch sprac uns in
zwei Staffeln je 20 Mi. Lohnzahlung pro Stunde zu. Dem be-
treffenden Unternehmer, der für seine Verschwendung dafür schick-
lichst mal im Traumzustand dazu führt, auf das zu zeigen, daß
er dann darüber einen neuen Traum zu sich nimmt, damit er sich
wird; denn bis jezt ist er auch nur auf Kosten der Arbeiter durch-
leben gemeldet, denen nun nachgesagt wird, daß nicht die Schwere
und gesundheitsgefährliche Arbeit die Schuld ist, sondern
müßte macht, sondern — Teinten. Bei einem solchen Unter-
nehmer dürfte kein Steinmetz wieder arbeiten, der das Geschäft ohne
Arbeiterherd noch beizt. Damit sein Name allseitig bekannt wird,
sei er am Schluß nochmals genannt: Steinmetzmeister Otto

Reichering, Naumburg; dazu die vier Streichbrecher gibt eine
„schöne“ Gruppe aus dem Jahre 1916.
Augsburg. Die Kollegen werden erheitert von Arbeitsangeboten
nach Höchstädt a. Donau. Firma Wedemann und Josef
Schmidt, absehen zu wollen, da es sich hier noch um ganz rüd-
ständige Betriebe handelt. Bedenke der Firma Wedemann
liegt die Organisation jezt im Wege, und wenn ein organisierter
Kollege mehr Lohn verlangt, dann hat er die Erlaubnis zu ge-
wärtigen. Ebenso steht es bei der Firma Schmidt. In bei-
den Betrieben werden Zufriedenere durch ersuchen, ein Be-
weis, wie wenig der Organisationsgehalt zu einem Teil der
Kollegen geachtet wird und wie schwer es ist, auf dem Lande mit
der Organisation zurecht zu kommen. Die Kollegen werden deshalb er-
sucht, arbeitslose Kollegen auf diese Zustände der beiden Firmen
aufmerksam zu machen.
Interessieren wird gewiß die Verbandsmitglieder, daß es in
Hochstadt jezt einen Streikverweigerer gibt, der aus der Organi-
sation austritt — weil er zu viel verdient. Dieser Mitarbeiter
heißt Heinrich Gernand, jezt arbeitet er für 1.90 M., während
der Tariflohn 2.20 M. pro Stunde steht. Er meinte bei seinem
Austritt, daß er auch ohne Organisation seinen Lohn verdiene. Die
Firma Schmidt in Höchstädt kann natürlich jezt jezt auf
einen solchen Arbeiter, dem schließlich die Minute fliehet, wie ein
Lohn von dem er existieren kann. Wenn es noch mehr solcher
Exemplare in Verborgenen gibt, dann kann man sich erklären, daß
einige Arbeitgeber die größten Anforderungen machen, um die
Löhne abzubauen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu wer-
den, daß wir gegen solche Arbeitgeber, wie gegen solche Aus-
Kollegen, die die Löhne drücken, schärfstens Front machen müssen.
Dazu macht die Organisation!

Elbing. Am 21. Oktober fand hier die erste Steinarbeiterver-
sammlung im Volkshaus statt. Unser Vorsitzender, Kollege Grünwald,
gab bekannt, daß jezt 31 Kollegen unserer jungen Zahlstelle beizuge-
hört sind, ebensoviel stehen dem Verbande noch fern; wir dürfen nicht
ruhen, bis auch der letzte Kollege organisiert ist. Im Punkt Ver-
schiedenes wurde die Firma Schlichter scharf kritisiert; dort herrschen
noch Arbeitslöhne, die jeder Beschäftigte spotten; einem Kollegen, der
bis jezt 1.25 M. Stundenlohn hatte, wurden 10 M. abgezogen. Als der
Betreiber vorstellig wurde, meinte Herr Schlichter, er sei jezt noch
zu jung zum Arbeiten. Aber er scheint nicht zu jung zu sein bei der
Arbeitsleistung, denn er muß daselbst leisten wie jeder andere Arbeiter.
Auch die Verhältnisse bei der Firma Herrmann wurden kritisiert.
Dort werden die Löhne nach Günstig bezogen. „ach jezt mit dem dortigen
Polier Klein bei passender Gelegenheit um dieses Wort geredet
werden. Hieraus wurde von Kollegen Greiner nochmals hinge-
wiesen, daß ein jeder Kollege dafür sorgen soll, daß uns auch der letzte
Kollege zugeführt wird, dann werden wir bald in der Lage sein, solche
Mißstände, wie die angeführten, abzuschaffen.“

Cöben-Opfach. Versammlungen vom 24. und 25. Oktober. Tages-
ordnung: Kassenbericht, Wahl einer Tarifkommission, Gemeindefachliches.
Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende das Absche-
nen einer Kollegin bekannt. Die Versammlung ehrt das in der üblichen
Weise, dann erstattet der Kassierer seinen Bericht. Die Abrechnung
wurde für richtig befunden und der Kassierer auf Antrag der Revi-
soren entlastet. Beim 2. Punkt erwähnte der Vorsitzende, daß selber die
Tarife noch nicht eingetroffen sind und daß die Tarifergänzung für den
Böbber Bezirk auf Kosten der Zahlstelle hergestellt wurde. Die Ver-
sammlung kritisierte dieses; denn die Zentralkasse hätte es wohl tragen
können. Die Einführung von Rechenstunden macht sich notwendig, um
voll und ganz mit allen Einzelheiten des Tarifs vertraut zu werden.
Demgemäß wurde beschloffen, von jedem Platz drei Kollegen heran-
zuziehen (von jeder Kategorie einen), die dann ihrerseits den Kollegen
kritische Punkte erläutern können. Unter demselben Punkte entspann
sich noch eine längere Debatte betriebs der §§ 44 und 32 der Allgemeinen
Bestimmungen. Zu § 44 wurde erwähnt, daß die Unternehmer auf jede
Art und Weise versuchen, diesen Paragraphen unwirksam zu machen.
Dagegen nahm die Versammlung energig Stellung. Des weiteren
wurde Beschwerde geführt, daß § 32 bezüglich der Heimarbeit seitens
der Firmen ganz willkürlich ausgelegt und auch noch vielfach umgangen
wird. Auch dagegen sollen die hierzu erforderlichen Schritte unternom-
men werden, um die Einhaltung dieser Bestimmung durchzuführen.
Unter Gemeindefachlichem wurde ausgeführt, daß sich leider infolge der
Entwicklung der Verhältnisse eine Erhöhung der Feuerzulagen un-
bedingt notwendig macht. Es wurde beschloffen, die Erhöhung der Zu-
lagen auf 200 Prozent zu fordern und die Zentralleitung zu beauftragen,
die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. Eine längere, mitunter
recht lebhaft debattierte entspann sich in dieser Frage bezüglich der schlecht-
bezahlten Kategorie, der Hilfsarbeiter, denn dort ein Mensch bei einem
Wochenlohn von 50 M. unter den jetzigen Verhältnissen noch existieren
kann, ist wohl unamöglich. Leider muß aber gerade bei den Hilfsarbei-
tern eine große Interessiertheit konstatiert werden. Versammlungs-
besuch und andere Erfüllung gewerkschaftlicher Pflichten sind bei den
meisten Döbber, um so mehr wird aber hinterher über den Verband
kritisiert. Auch mußte noch festgestellt werden, daß auf einem Platz
noch ein Teil der Hilfsarbeiter dem Verband überhaupt nicht angehört,
oder nach kurzer Mitgliedsdauer wieder abgemunget ist. Dies wurde
allseitig gerügt und den Kollegen des betreffenden Platzes zur Pflicht
gemacht, die noch Fernstehenden zum Eintritt in die Gewerkschaft zu
veranlassen. Zu der Anstellung eines Lokalbambanten wurde beschloffen,
eine Urabstimmung auf den einzelnen Plätzen vorzunehmen. Um den
Versammlungsbesuch zu heben, der auch diesmal wieder mäßig war,
wurde auf Antrag beschloffen, künftig ein Lokal im Zentrum der Stadt
zu benutzen, um den Mitgliedern den Vorwand zum Nichtbesuch wegen
zu großer Ablegenheit des Lokals zu nehmen. Der Kassierer regt
nochmals an, der wiedereröffneten Lokalkassenkasse beizutreten. Da-
mit schließt die Versammlung.

Münster i. Westf. In unserem Ort hat schon lange Jahre eine
Zahlstelle des Verbandes der Steinarbeiter Deutschlands bestanden.
Durch den Krieg wurde alles auseinandergerissen. Der Schnitter Tod
hat graufige Arbeit getan. Besonders schmerzlich ferührt uns der Tod
unseres langjährigen Kassierers Josef Lumbert. Derselbe hat hier
am Ort tüchtig gearbeitet. Die Kollegen werden jezt jezt besonders ge-
denkt! In der letzten Zeit kamen die Kollegen wieder zusammen. Nach-
dem dieser oder jener nach dem Kriege erst in anderen Berufen tätig
gewesen, ist jezt so ziemlich wieder alles im Beruf beschäftigt und wieder
eine Zahlstelle gegründet. Es ist unser innigster Wunsch, daß auch die
Hiesigen und in der Umgebung sich leidlichlichen Steinarbeiter, die den
Weg zum Verband noch nicht gefunden haben, sich bald anschließen und
dem Verbande beitreten. Anmeldungen nimmt stets entgegen und Auf-
klärungen über die Ziele des Verbandes gibt gern der Kollege Peter
Bichsel, Münster i. Westf., Eisenstr. 30a. Der Stundenlohn betrug
bisher 2.25 M. Auf eine Erhöhung von seiten der Kollegen wurde er
auf 2.50 M. mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

Neuens. Am 21. Oktober fand hier unsere Quartalsversammlung
statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 3. Quartal bekannt, der
von den Revisoren geprüft und für richtig befunden ist. Die Ver-
sammlung erteilte dem Kassierer Entlastung. Dem sprach Kollege
Unterwiesing über die örtlichen Verhältnisse. Die Ausführungen
wurden einer lebhaften Diskussion unterzogen. Es fehlt hier für die
Friedenszeit zum Schluß gegen die Witterung an Schuttschirmen
sind nicht vorhanden, wenigstens nicht in dem Maße, wie es vorge-
schrieben ist. Es ist an der Zeit, daß die Gewerkschaften sich darum küm-
mern. Von den Kollegen wurde stark bemängelt, daß die Abfordrigen die
Stärke von den Hiesigen jezt spalten müßten, was in andern Orten nicht
mehr der Fall ist. Die Ortsverwaltung war beauftragt worden, den
Unternehmern zu unterbreiten, daß die Stärke jezt im Tagelohn ge-
spalten werden. Die Unternehmer haben diese Forderung abgelehnt;
damit geben wir uns jezt nicht zufrieden und bei geeigneter Zeit wird
unser Forderung wiederholt.

Reihen II. In der am 19. Oktober abgehaltenen Quartals-
versammlung referierte der Gaukassierer Walter über den Arbeits-
markt und ging des weiteren auf die kommenden Verhältnisse ein.
Daß er noch keine bestimmten Unterlagen vorlegen konnte, liegt
mit an den hiesigen Unternehmern, die ihren Verband noch nicht
ausgeschlossen sind. In der Debatte erregten sich die Kollegen Kol-
bert, ebenso die Kollegen von Reihen I und von Wabnitz, die als
Gäste anwesend waren, da über nichts Positives bekannt wurde.
Der Antrag gestellt, noch einmal bei den Unternehmern um eine

